

Gebäude, Ensembles, traditionelle Lebens- und Wirtschaftsräume von Abriss und übereilter, globalisierter Modernisierung bedroht sind.

Frauke Kraas

**Toward the Twentieth Century in Asia:
Comparative Perspectives on Politics, Economy and Society
in China and India**

Duke University, Durham, NC, 19.–21. Mai 2005

Vergleiche zwischen Indien und China werden in den deutschen wie internationalen Medien seit geraumer Zeit immer wieder angestellt. Vor dem Hintergrund von Investitionsmöglichkeiten, Joint-Venture-Unternehmen und anderen Formen der Partnerschaft finden sich meist die wirtschaftlichen Potentiale beider Länder gegenübergestellt. Unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten ist das jeweilige Waffenarsenal der beiden Hegemonialmächte von Interesse, allzumal beide Staaten im Besitz von Atomwaffen sind. Und seitdem die Regierungschefs beider Staaten jüngst bei einem gemeinsamen Gipfeltreffen festgestellt haben, China und Indien seien zusammen die potentesten Mächte des 21. Jahrhunderts, scheint sich eine „asiatische Allianz“ zu formieren, deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede es wert sind, eingehender analysiert zu werden.

Bleibt ein Großteil dieser Analyse den Politik- und Wirtschaftswissenschaftlern überlassen, kommt es den historischen Wissenschaften zu, Jahrhunderte andauernde ökonomische, politische und gesellschaftliche Prozesse aufzuzeigen, um gegenwärtige Probleme und Konstellationen erklären zu helfen. Doch was bringt der geschichtliche Vergleich von Indien und China? Was kann mit einem solchen wissenschaftlichen Unterfangen erreicht werden? Komparatistische Verfahren bergen eine gewissen Reiz, laufen aber auch Gefahr, dem Anspruch an Mehrwert nicht gerecht werden zu können. Für beide Länder sind historische Gegenüberstellungen zu verschiedenen Aspekten auf anderen Konferenzen bereits unternommen worden. Die Duke University lud nun mehr als 20 WissenschaftlerInnen zu einer Tagung ein, auf der unter vorgegebenen Themenschwerpunkten in historischer Perspektive China und Indien verglichen werden sollten.

“Standard of Living”, “Textile Production”, “Merchants”, “Modern Business Organization”, “Environment”, “Urban Association and Civic Culture”, “Rule

of Law" sowie "Banks and Banking" bildeten die Themen der einzelnen Sektionen, in denen über fast drei Tage hinweg versucht wurde, die historisch bedingten Prozesse in beiden "Weltregionen" miteinander zu konfrontieren sowie lang- und kurzfristige Entwicklungen vorzustellen. Dabei zeigte sich beispielsweise, dass in China der Lebensstandard vor allem in den armen ländlichen, aber auch städtischen Regionen im 18. Jahrhundert höher war als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Erst in den letzten Jahrzehnten konnte dieser Prozess aufgehalten werden, nachdem es unter dem Mao-Regime zu einer Hungerkatastrophe mit fast 50 Millionen Toten gekommen war – vor der Weltöffentlichkeit verschwiegen. In Indien gab es zwar in den 1960er Jahren nochmals Lebensmittelengpässe, aber zu katastrophalen Hungerepidemien, wie zuletzt in Bengalen 1943 mit fast 3 Millionen Toten, ist es seit der Unabhängigkeit nicht mehr gekommen. Doch lag auch in Indien der Lebensstandard im 18. Jahrhundert vermutlich höher als noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Wie die Sektion zur Umweltgeschichte aufzuzeigen vermochte, hing dies größtenteils mit der an ihre Grenzen gelangenden Expansion der Agrarflächen zusammen, da nahezu sämtliches Brach- und Ödland unter den Pflug genommen worden war und die Waldgrenzen weit die Berghänge hinaufgeschoben worden waren. Die seit den 1920er Jahren in beiden Ländern rapide wachsende Bevölkerung schien ein malthuseanisches Szenario unausweichlich werden zu lassen. Doch mit der agrarökonomischen Revolution der 1960er Jahre gelang es den unabhängigen Staaten in Südasien, wie seit den 1970er Jahren auch China, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in den Griff zu bekommen. Inzwischen können je 1,3 Milliarden Menschen versorgt werden, was nicht heißen soll, dass nicht in beiden Ländern immer noch weite Teile der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben.

Die Gegenüberstellung der Textilproduktion vom 18. bis ins 20. Jahrhundert zeigte, dass in China die Händler auf die Herstellung insbesondere von Baumwolltextilien keinen Einfluss ausübten, während in den meisten textilproduzierenden Regionen Indiens es gerade die Händler waren, die über Vorschüsse und Vorgaben massiv in die Produktion eingriffen. Das Steuersystem im imperialen China war aufgrund seiner jahrhundertealten zentralistischen Bürokratie wesentlich effizienter, wenn auch die Einnahmen aus der Landsteuer im Vergleich zum Mogul-Reich und Britisch-Indien geringer blieben, was aber daran lag, dass diese beiden indischen Regime ihre Steuereinkünfte nahezu ausschließlich über die besagte Landsteuer bestritten. Allerdings erfuhr das Bankwesen in China zwischen 1840 und 1940 kaum Veränderungen, denn das Kreditwesen blieb auf kurzfristige Anleihen beschränkt, die überwiegend auf persönlicher Glaubwürdigkeit oder Güterinventaren beruhten. In Indien hingegen entstand ein zweigeteiltes Bank- und Kreditsystem. Wenige Großbanken vergaben langfristige Kredite an Gewerbe und Indus-

trie, während auf dem Agrarsektor das lokale Kreditwesen der Großgrundbesitzer und Geldleiher nahezu unverändert bestehen blieb.

Am Beispiel von "Rule of Law" wurde deutlich, dass in Britisch-Indien der Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit stets hoch gehalten, doch auch stets durchbrochen wurde, ohne dass es freilich zu einer Legitimationskrise gekommen wäre. Allerdings scheinen manche der gegenwärtigen politischen Probleme auf die koloniale Rechtskonstellation zurückführbar zu sein. So förderten die Briten neben dem individuellen Privatrecht, basierend auf "Rule of Law", auch die Integrität von regionalen und lokalen Gemeinschaften, in denen das Gewohnheitsrecht galt. Im imperialen wie auch republikanischen China wurde das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit weitaus strikter angewendet und stützte damit Normen, die zugleich partikularistisch und universell waren. Im Gegensatz zu Britisch-Indien, so die Referenten, kam es in China daher nie zu einer Trennung von Staat und Gesellschaft.

Die Frage nach dem Nutzen des Vergleichs bleibt indes bestehen, denn eine Erkenntnis, die über die bloße Summe der Einzelteile hinausgeht, war bei aller Gelehrsamkeit nicht zu gewinnen. Vielleicht hat dazu schon der Ansatz der Konferenz beigetragen. Für die Beträge zu den verschiedenen Themen wurde keine übergreifende, vergleichende Problemstellung vorgegeben. Gut war die Vorgabe, die Aufsätze sechs Wochen vor Beginn der Konferenz einzureichen, so dass für alle TeilnehmerInnen genügend Zeit bestanden hätte, sämtliche Beiträge zu lesen und in den Diskussionen dann zum Vergleich zu schreiten. Bedauerlicherweise trafen die meisten Beiträge erst wenige Tage vor Konferenzbeginn ein. Daher erstaunt es wenig, dass kaum ein Teilnehmer sie gelesen hatte. Dennoch gab es aufgrund der 15minütigen Referate gute Diskussionen – der intendierte Vergleich kam allerdings nicht zustande. Stattdessen standen oft zwei Säulen profunder Kenntnis im Raum, denen ein verbindendes und tragendes Gebälk fehlte.

In der abschließenden Diskussion wurde durch höfliche, teilweise aber auch offene Kritik auf die mangelhafte Konzeption hingewiesen. Bei einer künftigen Konferenz, die immerhin ins Visier genommen wurde, sollte dies dann auch vermieden werden. Viele Vorschläge zur systematischeren Organisation der Beiträge und regionalen Schwerpunkte oder eine Öffnung für translokale und internationale Bezüge können sicherlich eine bessere Grundlage schaffen. Gleichwohl bleibt dann immer noch die Frage bestehen, was der Vergleich leisten soll und worin das historische Problem liegt. Dies sollte beim nächsten Mal vorab geklärt werden.

Michael Mann